

Neue Hamburger Presse

74

Nr.....

Landrat Heile (FDP):

„Alte Rezepte sind nicht zu gebrauchen“

„Freiheit ist das höchste Gut des Menschen, Freiheit im Denken, in der Lebensgestaltung und in der Wirtschaft.“ Diesen Gedanken stellte Landrat Heile in den Mittelpunkt seines Vortrages in der Flora.

Er führte am Beispiel Preußens aus, wohin eine Verletzung dieses natürlichen Anspruchs führt. Dieser Inbegriff eines Zwangsstaates mit absoluter Allmacht unterdrückte die Freiheit des einzelnen durch das Obrigkeitsprinzip jahrhundertlang, so daß schließlich auf dem gut vorbereiteten Boden der menschenverachtende Nazismus wachsen konnte. „Eine gerade Linie führt von Friedrich II. über Bismarck zu Hitler und — Dschingis Khan“, sagte der Redner, „die Unterdrückung wurde so groß, daß wir am Ende des Krieges trotz der größten Niederlage doch aufatmeten, weil frische Luft hereindrang.“

Neue Wege

Landrat Heile warnte davor, bei der Neugestaltung des deutschen Staates Preußen mitarbeiten zu lassen. Er warnte aber zugleich auch vor anderen Kräften, die nicht der echten demokratischen Freiheit, sondern im Endziel wieder einer allmächtigen Stellung des Staates begriffes das Wort reden: „Jeder sozialistische Zwangsstaat führt auf anderen Wegen ebenso zur Unfreiheit wie ein preußischer Obrigkeitsstaat!“

Aus freiem Idealismus sollen deutsche Kräfte wieder lebendig gemacht werden. Unsern Nationalstolz müssen wir wieder darin erblicken, daß andere Völker mit Achtung auf uns sehen. Das erreichen wir nur, indem wir unsern neuen Staat auf wirklich freier sozialer, d. h. demokratischer Grundlage aufbauen. Es müssen dabei alle Begriffe wie „Klassenkampf“ und „Kampf der Parteien“ überhaupt beiseitegelassen werden.

Alte Rezepte dürfen auch in der Propaganda nicht mehr gebraucht werden.

„Bodenreform — was ist das?“ fragte der Redner. „Durch Fleiß reformiert man den Boden am besten, wie der Bauer das seit ewigen Zeiten tut. Bei der Aufteilung der Güter im Osten muß wohl erwogen werden, ob solche Experimente jetzt im Augenblick unserer ernsten Ernährungs-krise angebracht sind. Man soll so etwas sich lebendig entwickeln lassen. Sozialistische Ideen sind hier graue Theorie!“

Staatliche Führung wollte der Redner nicht zum Prinzip erheben wissen, damit käme jeder Sozialismus — man nenne ihn einfach Sozialismus oder National-Sozialismus oder sonst — zur Vergötzung des Staates, zur Unfreiheit des einzelnen, kurz — zur Verstaatlichung des Menschen.

FDP und CDU

Im Gegenteil verfolgen die demokratischen Ziele eine Vermenschlichung des Staates und damit Freiheit der Lebensgestaltung, der Wirtschaft, der Verwaltung bis hinein in die selbständigen Gemeinden. Es wäre zu wünschen, daß alle verwandten Parteien sich dabei zusammenfinden. Landrat Heile hält nach Besprechungen mit der Führung der CDU und der Niedersächsischen Landespartei ein enges Zusammengehen dieser beiden mit den Freien Demokraten für möglich. Alle Partner werden bei dem Zusammenschluß gleichberechtigt bleiben; gewisse Verschiedenheiten sollen später ihre Regelung finden, wenn der deutsche Staat wieder auf festen, freien Grundlagen steht.

Ein Zweiparteiensystem nach dem klassischen Muster Englands hält der Redner erst dann für angebracht, wenn sich die Verhältnisse bei uns geklärt haben. Dann allerdings möchten die Sozialisten auf der einen und die freien Demokraten auf der andern Schale die Waage des Volkswohls auch bei uns nach natürlichen Gesetzen ausbalancieren können.

Tho.

27. Apr. 1946

07423 -0002-000

Hamburger Freie Presse

Nr. 8

Grundstein des neuen Deutschlands: Freiheit

Wilhelm Heile zu den Harburger Demokraten

„Ist es nicht gewagt, von einem neuen Deutschland zu sprechen, da unser Land augenblicklich nur aus Teilen zusammengesetztes Gebiet ist? Das Reich haben wir nicht. Ob wir es haben werden, das haben wir selbst in unserer Hand. Denn wenn eine Idee stark ist und der Glaube daran stark und der Wille dazu unüberwindlich, dann kann nichts die Verwirklichung dieser Idee hindern.“

Dieser Appell war der Kernpunkt der Rede des Vorsitzenden der FDP in der britischen Zone, Landrats Wilhelm Heile, vor vielen Hunderten Harburger Freier Demokraten im Saal der „Phönix“. Ausgehend von seiner reichen Erfahrung als Mitarbeiter am Verfassungswerk von Weimar, als Vorkämpfer für die Neugliederung des Reiches durch Aufteilung Preußens und speziell die Bildung eines Landes Niedersachsen, sowie als 2. Vorsitzender (neben Herriot) des Internationalen Komitees für europäische Verständigung wies er in seiner Rede, die geschichtlich, national und sozial, immer gegenwartsnah und zukunftsbejahend untermauert war, den Weg in das neue Deutschland. Wie soll dieses neue Deutschland aussehen, das wir zu formen haben werden? Von der kleinsten staatlichen Zelle, der Gemeinde, angefangen, soll es auf dem Grundsatz der Freiheit aufgebaut sein. Indem die deutschen Menschen schon in diesem kleinen Kreise dem Gesetz verantwortungsbewußter Selbstbestimmung unterworfen sind, soll ein starkes Ganzes entstehen, das wahrhaft deutsche Politik treibt, und nicht die Politik des preußischen Militärstaates, das niemals sich wieder der Willkür einer seelenlosen Diktatur beugt. Solche in gleicher Weise deutsche und moralische Politik führt zum sichersten Erfolg im Innern sowohl wie nach außen. Sie allein ist imstande, aus Trümmern der Nation eine wirkliche Nation zu machen. Einheit der Nation, im gleichzeitigen Kontakt mit den anderen Völkern soll die Voraussetzung werden für die Einheit der Menschen. In diesem großen, weiten Sinn ist Arbeit für die Nation gleichzeitig auch

Arbeit für die ganze Menschheit, insbesondere auch für das Zusammenarbeiten aller Völker Europas.

Ein solcher, von verantwortungsgebundenem Freiheitswillen geformter Staat aber muß notwendigerweise auch ein sozialer Staat sein. Kein sozialistischer! Denn dieser ist der unfreieste Staat, weil in ihm alle Befehle von einer



Aufn. Tschirch.

Wilhelm Heile, Landrat für Hoya/Syke, Präsident der Zonenpartei der F.D.P., langjähriger Mitarbeiter Fr. Naumanns.

Zentrale ausgehen. Der Staat ist für uns kein Götze, dem man Opfer darbringt, wir wollen einen Staat, der die Kräfte des einzelnen aufruft für das Ganze, wir wollen ein freies Volk sein, das keine Klassen kennt. Diese Freiheit aber liegt in dem sozialen Gedanken, der ein Gedanke ist der Güte, der Nächstenliebe, der gegenseitigen Hilfe.

bg.

21. Mai 1946

07423 - 0003 - 000

Die Welt (Hamburg)

Nr. **15**

Volksvermögen ist kein Spielball

Parteitag der Freien Demokraten — Landrat Heile zum Präsidenten gewählt

Bad Pyrmont, 20. Mai

Die Freie Demokratische Partei der britischen Besatzungszone Deutschlands wählte auf ihrem ersten Parteitag in Bad Pyrmont Landrat Wilhelm Heile aus Syke bei Bremen zu ihrem Präsidenten. Erster Vorsitzender wurde Franz Blücher, Essen.

An diesem Parteitag nahmen auch Vertreter der FDP bzw. der Liberal-demokratischen Partei der amerikanischen, französischen und russischen Besatzungszone teil. Vor über 250 Parteivertretern wurde zu außenpolitischen, wirtschaftlichen und kulturellen Fragen Stellung genommen. Der Parteitag beschloß ferner — falls die Zustimmung der Militärregierung erteilt wird — den Zusammenschluß der Freien Demokraten aller vier Zonen zur Reichspartei.

Landrat Wilhelm Heile appellierte in einer großen Rede an die Staatsmänner der Welt, nicht die gleichen Fehler wie nach 1918 zu begehen, sondern den deutschen Demokraten größere Möglichkeiten zu geben, die deutschen Probleme zu lösen.

Zur Rhein- und Ruhr-Frage erklärte Landrat Heile, daß heute hüben und drüben immer mehr Menschen erkennen, daß Deutschland ohne dieses Herzstück seiner Wirtschaft nicht leben könne. Wenn der Gedanke des Herrschens einmal von dem Gedanken des Dienens abgelöst werde, seien Verwaltungsgrenzen nicht mehr das Wichtigste. „Laßt uns hier in Deutschland“, so erklärte Heile, „unsere Selbstregierung errichten, das wird uns den Mut geben und die Zuversicht, daß wir am Anfang einer glücklicheren Zukunft stehen.“

Keine Wirtschaftsexperimente

Der Sprecher der Hamburger Freien Demokraten, Eduard Wilkening, wandte sich gegen den „Absolutismus in

der Staatsführung“ auf wirtschaftlichem Gebiet. Er unterstrich die Notwendigkeit einer einheitlichen Ausrichtung in der Wirtschaft, lehnte aber den Gedanken einer Wirtschaftsplanung oder gar Planwirtschaft mit der Begründung ab, daß heute von wirtschaftlichen Experimenten Abstand genommen werden müsse, deren unglücklicher Ausgang geeignet sein könne, die Existenz des deutschen Volkes, jeden materiellen und ideellen Kredit zu gefährden. Im Namen der Freien demokratischen Partei gab Wilkening die Erklärung ab, daß die FDP den Absolutismus der Staatsführung auf wirtschaftlichem Gebiet ablehne, da sie in ihm eine Gefahr für das deutsche Volk und für die andern Völker der Erde sehe.

Finanz- und Währungsfragen

Der stellvertretende Vorsitzende der Freien demokratischen Partei, Franz Blücher, sprach über die Ziele einer deutschen Währungs-, Finanz- und Steuerpolitik und stellte einige grundsätzliche Forderungen auf. Danach sollen alle Lasten auf die Gesamtheit, und zwar in sozialer Staffelung, umgelegt werden, wobei dem Geschädigten die erlittenen Verluste auf seine Last anzurechnen sind. Nutznießer der Aufrüstung und des Krieges sowie des nationalsozialistischen Systems überhaupt sollen ihre Gewinne an das Reich abführen, bevor eine weitere Vermögensabgabe gefordert wird.

Blücher forderte weiter eine weitgehende Verbesserung der sozialen Versorgung, auskömmliche Versorgung der Kriegs- und Luftkriegsversehrten und deren Hinterbliebenen sowie eine wirtschaftlich tragbare Gestaltung der Lohn- und Einkommensteuertarife. Das sichtbare Ziel aller Maßnahmen auf dem Gebiet der Finanzen und Steuern müsse die Erhaltung des wenigen Vermögens sein, das dem Gesamtvolk noch geblieben ist.

Im Anschluß hieran sprach Pastor

Knoop über „Die Landwirtschaft im demokratischen Staat“. Die geistige Zuerüstung des bäuerlichen Nachwuchses, die moralische Säuberung und die Erfüllung des Bauernstandes mit frischem demokratischem Geist seien das Gebot der Stunde.

Kulturfragen in der Demokratie

Dr. Middelhaue sprach über „Kulturfragen in der Demokratie“. Er forderte im Namen der Freien Demokratischen Partei die deutsche Gemeinschaftsschule auf christlicher Grundlage. Der unselige konfessionelle Gegensatz, der Deutschland durchzieht, solle nicht verschärft, sondern überbrückt werden. Daher sei eine gemeinschaftliche Erziehung der Kinder aller Bekenntnisse im deutschen und christlichen Geist, im Geiste gegenseitigen Verstehens und gegenseitiger Duldung zu befürworten.

Zur Frage der deutschen Hochschule erklärte der Redner, daß die deutsche Hochschule kein Instrument der Politik sein dürfe. Sie solle jedoch den großen politischen Erziehungsfragen der Nation und der Menschheit nicht verschlossen und weltfremd gegenüberstehen.

Der Generalsekretär der FDP Wilhelm Hermes gab einen Überblick über die Organisation der FDP. Der Zonenverband besteht aus sieben Landesverbänden mit 103 Kreisgruppen. Auf der Kreisgrundlage wurden die Landesverbände gebildet. Vor einigen Wochen wurde der Grundstein für den Interzonenverband aller freien Demokraten gelegt. Der Sprecher wies darauf hin, daß die FDP keine Rechtspartei, sondern eine Partei der Mitte und des Ausgleichs sei. Die Zonenpartei habe 15 Arbeitsgemeinschaften gebildet, von denen die wichtigsten der staatspolitische Ausschuß, der Ausschuß für das Flüchtlingswesen, der für Wirtschaftspolitik und der für Finanz- und Steuerpolitik seien.

07423 -0005-000

Datum

P Heile Wilhelm
Die Welt/Hamburg

The Wall Street Journal (New York)
№ 17

8. Feb. 1947

**Heile nicht mehr Präsident
der FDP**

Von unserem Berichterstatler

F. W. Hannover, 7. Februar

Der Zonenvorstand und Zentralaus-
schuß der Freien Demokratischen Partei
haben dem Präsidenten Wilhelm Heile-
Syke das Vertrauen entzogen. Ein vom
Zonenvorstand der FDP und dem Präsi-
denten Wilhelm Heile gemeinsam be-
stelltes Schiedsgericht hat den Beschluß
des Zonenvorstandes und Zentralaus-
schusses als formell und sachlich ge-
rechtfertigt erklärt. Wilhelm Heile hat
daraus die Folgerungen gezogen.

Dazu teilt die FDP parteiamtlich mit:
„Bestimmte programmatische Meinungs-
verschiedenheiten zwischen dem Vor-
stand und dem Zentralausschuß der FDP
einerseits und Herrn Präsidenten Wilhelm
Heile anderseits haben den Zonenvorstand
und den Zentralausschuß veranlaßt, Herrn
Heile auf die untragbaren Unterschiede
der gegenseitigen Auffassungen hinzu-
weisen. Trotz dieses eindeutigen Be-
schlusses hat sich dann der Zonenvor-
stand auf ein freundschaftliches Schieds-
gericht mit Herrn Heile geeinigt, das zu
dem einstimmigen Entschluß gekommen
ist, Herrn Heile im Interesse einer gedeih-
lichen Fortentwicklung der FDP zu er-
suchen, als wahrer Demokrat seine
Ämter in der FDP niederzulegen.“

Hamburger Echo

07423 - 0007-000
No 13

14. Feb. 1947

Palastrevolution in der FDP

Der Parteivorstand entzieht dem Präsidenten Heile das Vertrauen. — Heile weigert sich, zurückzutreten. — Die FDP will antisozialistisch sein.

Hamburg, 14. Februar (Eigenbericht.)

In der Partei der Freien Demokraten ist ein Konflikt ausgebrochen. Vorstand und Zentralausschuß der Partei haben festgestellt, daß „untragbare Unterschiede zwischen ihren Auffassungen und denen des Präsidenten Heile bestehen. Ein Schiedsgericht ist zu dem Entschluß gekommen, dem Präsidenten der Partei zu empfehlen, alle seine Ämter in der FDP niederzulegen. Herr Heile aber weigert sich. Er erklärt in der „Hamburger Freien Presse“, er sei vom Parteitag der FDP in Pymont zum Präsidenten gewählt worden, und nur einem Parteitag werde er sein Amt zurückgeben. Der Vorstand aber habe die Einberufung eines Parteitages abgelehnt.

Zu dieser Erklärung äußert sich nun der Vorsitzende des Schiedsgerichtes, Senator Büll (Hamburg). Er sagte dem Hamburger Korrespondenten des „Telegraf“, Wilhelm Heile habe nach den vorliegenden Beschlüssen zurücktreten müssen. Der Zentralausschuß, der nach den Parteisatzungen den Parteitag vertrete, habe mit 23 gegen 4 Stimmen gegen W. Heile entschieden. Daß die Hamburger „Freie Presse“ sich für ihn einsetze, sei lediglich darauf zurückzuführen, daß Dr. Paul Heile, ein Bruder Wilhelm Helles, einer der Lizenzträger der Zeitung sei.

Interessant ist, was Senator Büll über die dem Konflikt zugrunde liegenden Differenzen bekanntgibt. Danach beständen die grundsätzlichen Meinungsverschiedenheiten vor allem darin, daß Heile fortgesetzt mit anderen bürgerlichen Gruppen verhandle und überall geneigt sei, sogenannte Rechtsblocks zu bilden, während die FDP ihren eigenen Weg gehen wolle. Für die kommenden Wahlen in Niedersachsen habe er versucht, derartige Vereinbarungen mit den Niedersachsen und der CDU einzugehen. Die FDP sei antisozialistisch, die CDU sei dies hingegen nicht. Auch Adenauers antisozialistischer Kurs

Jahren fest. Sie sei jedenfalls vor, während und nach dem Parteitag klar gewesen. Nicht sein Bruder habe seine Auffassung geändert, sondern der FDP-Parteivorstand.

Am kommenden Sonnabend will der Zonenvorstand der FDP nun zu der Lage, die nach der Erklärung von Wilhelm Heile in der Hamburger Freien Presse entstanden ist, erneut Stellung nehmen.

würde sich auf die Dauer bei der CDU nicht durchsetzen. Ferner sei Wilhelm Heile „partikularistisch“. Er glaube nämlich, es wäre richtig, Deutschland in viele kleine Einzelstaaten aufzuteilen, weil er der Meinung sei, solche Einzelstaaten könnten bei außenpolitischen Verhandlungen mehr herausholen.

Prof. Dr. Paul Heile, der Bruder des Präsidenten, erklärte dem Korrespondenten, die Satzungen, auf Grund deren hier der FDP-Parteiausschuß entschieden habe, seien erst nach dem Pymonter Parteitag entworfen und legalisiert worden. Die Halteung seines Bruders in Verfassungsfragen liege seit

Die Zeit / Hamburg

20 Feb. 1947

Nº 8

07423 - 0008 - 000

Wilhelm Heile, dem der Vorstand der Freien Demokratischen Partei formell das Vertrauen entzog, lehnt es ab, die Parteiführung niederzuliegen und verläßt die Einberufung eines Parteitages.

ial Española (Madrid)

07423 - 0009 - 000

*Heile
Wilhelm*
Die Welt Hamburg

M 86 22. März. 47

Präsident Heile
trat zur NLP über

DPD. Neunkirchen, 21. März
Landrat Wilhelm Heile, der bisherige
Präsident der FDP in der britischen Zone,
trat jetzt zur NLP über, wie die Leitung
der Niedersächsischen Landespartei am
Freitag mitteilte.

Hamburgisches
Welt-Wirtschafts-Archiv

Signatur

Herte-
Wilhelm

07423 - 0010 - 000

Niederdeutsche Zeitung (Hamburg)

Nr. 75 vom 28. Okt. 1947

Die Einigung Deutschlands und Europas

Gespräch mit Landrat Wilhelm Heile über den föderativen Staatsgedanken

Die deutsche Einigung ist die Voraussetzung für eine Einigung Europas. Um so merkwürdiger mutet es an, daß man erst vor wenigen Wochen dem stärksten Repräsentanten des europäischen Einigungsgedankens in Deutschland, der in der Weimarer Epoche von 1918 bis 1933 als geistiger Vater der Einigungsidee in fast allen Staaten Europas Nationalkomitees für die Einigung ins Leben rufen konnte —, daß man Wilhelm Heile vor wenigen Wochen die Teilnahme an dem intereuropäischen Kongreß in Montreux, auf dem die Möglichkeit der Verwirklichung seiner Idee besprochen werden sollte, unmöglich machte. Landrat Wilhelm Heile erklärte in einer Unterredung mit unserem j-k.-Berichterstatte:

„Leider ist mir trotz nachdrücklichster Befürwortung durch die britische Militärregierung vom Kontrollrat in Berlin die Ausreise nach Montreux verweigert worden. Die Verweigerung kam mir völlig überraschend und ist in keiner Weise begründet worden.“

Frage: „Halten Sie die Ablehnung für einen Affront gegen die europäische Einigungsbewegung in Deutschland überhaupt, oder lediglich gegen Ihre Person?“

Antwort: „Offenbar nur gegen meine Person. Einige meiner Mitarbeiter und Gesinnungs-

genossen, so der Organisator der „Europa-Union“, Wilhelm Hermes, haben die Ausreisegenehmigung erhalten und an der Tagung teilgenommen.“

Frage: „Können Sie sich irgendein Motiv für einen offenbar persönlichen Angriff vorstellen?“

Antwort: „Ich hoffe, daß nur der Heilige Bürokratismus daran schuld ist.“

Über die Möglichkeiten, über eine Einigung Deutschlands zur Einheit Europas zu gelangen, äußerte sich Landrat Heile folgendermaßen:

„Es gibt zwei Wege, die zur Einigung führen können. Der eine Weg ist der der Alleinherrschaft des stärksten, der Weg, auf dem bisher jeder Despot gescheitert ist. Der andere Weg ist der Weg der Föderation, des freiwilligen Zusammenschlusses freier und gleichberechtigter Verbündeter, der Weg, den uns die Schweizer Eidgenossen gezeigt haben und den die Nordamerikaner gegangen sind, und schließlich auch das British Commonwealth. Geht Deutschland diesen Weg zu seiner Einigung, so ebnet es den Weg zur Einheit Europas. Solange Deutschland in der Vergangenheit diesen Weg gegangen ist, war es das Herz Europas. Weil das Heilige Römische Reich Deutscher Nation nicht ein le-

diglich deutsches Staatswesen war, sondern das Reich der abendländischen Menschheit, waren die Deutschen, die den Gedanken des Gottesreiches auf Erden im Herzen hatten, die tragende und führende Nation, eben das Herz dieses Reiches. Die tausendjährige Geschichte des Heiligen Reiches hat daher in unserem Volke die besten geistigen und seelischen Grundlagen für den abendländischen Einigungsgedanken geschaffen.“

Frage: „Sie sehen also im föderativen Gedanken den eigentlichen deutschen Staatsgedanken?“

Antwort: „Ja. Wir Deutsche sind von allem Anfang an ein Volk gewesen, das von einem unbändigen Freiheitstrieb beseelt war, die Individuen sowohl wie die Stämme. Darin hat von jeher ebenso oft die Quelle unserer Kraft gelegen wie die Quelle unserer Ohnmacht.“

Frage: „Glauben Sie, daß die Föderation Deutschland seine alte Stellung wiedergeben kann?“

Antwort: „Wenn damit die Stellung des Bismarck-Reiches gemeint ist — nein. Ein Machtstaat im Herzen Europas wird von allen Nachbarn als Bedrohung empfunden. Ein Bundesstaat aber, der sich mit allen Nachbarn verbünden will, um zusammen mit diesen den Bund der Menschheit zu begründen, wird bestimmt wieder das Herz Europas sein. Nicht diese Staatsform an sich, sondern der seelische Zustand und der politische Wille, der darin zum Ausdruck kommt, ist entscheidend für das deutsche Schicksal.“